

CARITAS

2023



Sozialalmanach

25
Jahre

Ungleichheit in der Schweiz

Das Caritas-Jahrbuch
zur sozialen Lage
Trends, Analysen, Zahlen

2023

Sozialalmanach

**Ungleichheit
in der Schweiz**

2023

Sozialalmanach

**Ungleichheit
in der Schweiz**

Der Sozialalmanach wird jährlich herausgegeben von der Caritas Schweiz.

Redaktionsadresse:

Caritas Schweiz
Bereich Kommunikation und Marketing
Adligenswilerstrasse 15
6002 Luzern

Verantwortlich für die Herausgabe: Dr. Fabian Saner
Konzept: Manuela Specker

Fünfundzwanzigster Jahrgang

Bisher erschienen:

Sozialalmanach 2022: Frauenarmut
Sozialalmanach 2021: Armut grenzt aus
Sozialalmanach 2020: Eine Sozialhilfe für die Zukunft
Sozialalmanach 2019: Digitalisierung – und wo bleibt der Mensch?
Sozialalmanach 2018: Wir und die Anderen: Nationalismus
Sozialalmanach 2017: Recht auf Arbeit
Sozialalmanach 2016: Familie ist kein Luxus
Sozialalmanach 2015: Herein. Alle(s) für die Zuwanderung
Sozialalmanach 2014: Unter einem Dach
Sozialalmanach 2013: Bildung gegen Armut
Sozialalmanach 2012: Arme Kinder
Sozialalmanach 2011: Das vierte Lebensalter
Sozialalmanach 2010: Armut verhindern
Sozialalmanach 2009: Zukunft der Arbeitsgesellschaft
Sozialalmanach 2008: Bedrängte Solidarität
Sozialalmanach 2007: Eigenverantwortung
Sozialalmanach 2006: Psychische Invalidisierung
Sozialalmanach 2005: Einsamkeit
Sozialalmanach 2004: Die demografische Herausforderung
Sozialalmanach 2003: Gesundheit – eine soziale Frage
Sozialalmanach 2002: Der flexibilisierte Mensch
Sozialalmanach 2001: Sozialpolitik in der Weltgesellschaft
Sozialalmanach 2000: Sozialrechte und Chancengleichheit in der Schweiz
Sozialalmanach 1999: Existenzsicherung in der Schweiz

Alle Rechte vorbehalten

© Caritas-Verlag, Luzern 2023

Lektorat: Andreas Vonmoos, Textkorrektur Terminus, Luzern;

Sandra Baumeler, bas Kommunikation

Übersetzung aus dem Französischen: Fabian Saner

Gestaltung und Satz: pooldesign

Foto Umschlag: SB Arts Media

Druck und Verarbeitung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm

ISBN Print: 978-3-85592-193-5

ISBN E-Book: 978-3-85592-194-2



Inhalt

| | |
|----------------|---|
| Vorwort | 9 |
|----------------|---|

Sozialpolitische Trends

| | |
|---|----|
| Aline Masé Bericht über die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz 2021/22 | 19 |
|---|----|

I. Teil **Ungleichheit analysieren**

| | |
|--|-----|
| Monica Budowski, Michael Nollert Lebenschancen, Verteilung, Anerkennung – alte und neue Fragen zur sozialen Ungleichheit | 45 |
| Robert Fluder, Hans Baumann, Rudolf Farys Immer mehr Reichtum für Wenige | 61 |
| Kristina Schüpbach Wie sich die Schere öffnet und was bei den tiefsten Löhnen übrigbleibt | 85 |
| Carola Togni Ungleichheit der Geschlechter und die soziale Sicherheit: Ein historischer Überblick | 109 |
| Lena Ajdacic Risikobereite Banker, risikobefreite Boni und neue Finanzakteure: Der Wandel der Finanzindustrie | 125 |
| Ueli Mäder Die Schweiz bereichert sich an sozialen Ungleichheiten | 143 |
| Anja Peter, Mirjam Aggeler Sorge. Arbeit. Macht. Armut. | 157 |
| Claudia Wilopo Wenn Nothilfe die Not verschlimmert: Ungleichheit im Migrationsregime | 171 |

II. Teil **Ungleichheit: Wie und mit welchen Instrumenten bekämpfen?**

| | |
|--|-----|
| Oliver Hümbelin, Rudolf Farys, Ben Jann Ungleichheit reduzieren – aber wie? | 191 |
| Marius Brühlhart Erbchaftssteuer: Effizient – und trotzdem unbeliebt | 207 |
| Michael Graff Die richtige Höhe der Staatsschulden ist eine politische Frage | 221 |
| Dominik Gross Wie die Schweizer Steuer- und Finanzpolitik den Kampf gegen die Ungleichheit torpediert | 239 |
| Christoph Butterwegge Erst kommt das Fressen, dann die Kultur | 249 |
| Nathalie Giger, Davy-Kim Lascombes, Elisa Volpi Wenn Wissen und Handeln auseinanderklaffen | 261 |
| Andrea Lanfranchi, Isabelle Kalkusch Ungleichheit und Armut durch Bildungsförderung ab der Geburt bekämpfen | 273 |
| Carlo Knöpfel Die gesellschaftlichen Folgen sozialer Ungleichheit | 287 |

III. Teil **Synthese aus der Sicht von Caritas Schweiz**

| | |
|--|-----|
| Andreas Lustenberger Ungleichheit: Der Destabilisierung unserer Gesellschaft entgegenwirken | 303 |
| Autorinnen und Autoren | 311 |

Anja Peter, Mirjam Aggeler

Sorge. Arbeit. Macht. Armut.

Sorge- und Versorgungsarbeit ist absolut zentral für unseren Lebensstandard. Sie ist aber auch Ursprung von sozialer Ungleichheit und Prekarisierung. Wie geht das zusammen? Und was ist dagegen zu tun?

Weitaus mehr als die Hälfte aller Arbeit ist Sorge- und Versorgungsarbeit.¹ Arbeit, die Wohlstand und Lebensstandard für alle schafft – Arbeit, die für unser Leben und bisweilen auch für unser Überleben unverzichtbar ist. Der grösste Teil dieser Arbeit wird unbezahlt oder schlecht bezahlt von Frauen geleistet. Um einen wesentlichen Teil der Wirtschaft kümmern sich also überwiegend Frauen, und dies unter denkbar schlechten Bedingungen. Die Sorge- und Versorgungswirtschaft ist aber nicht nur der mit Abstand grösste Wirtschaftssektor, den es gibt, sie ist auch ein entscheidender Faktor, wenn wir über soziale Ungleichheit und Prekarisierung sprechen. Denn: Wer Sorge- und Versorgungsarbeit leistet, wird dafür ökonomisch bestraft. Dieser Beitrag geht dem Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit, Geschlecht und der Organisation und Finanzierung von gesellschaftlich notwendiger Sorge- und Versorgungsarbeit nach. Das verbindende Element: die Verknappung von Zeit und Geld. Diese Verknappung trifft sowohl die Sorge-Erbringenden wie auch die Sorge-Empfangenden und ist deshalb eine zentrale sozialpolitische Frage.

Gesellschaftlich notwendig

Wir alle werden geboren, aufgezogen, geliebt und umsorgt, gebildet, bei Krankheit gepflegt, begleitet und versorgt. Wir alle sind in gewissen Phasen unseres Lebens darauf angewiesen, dass jemand diese Arbeit für uns leistet. Und wir alle leisten diese Arbeit in gewissen Phasen unseres Lebens für uns selber oder für andere Menschen. Auch dann, wenn gerade eine weltweite Pandemie wütet oder die Klimaerhitzung unsere Lebensgrundlage bedroht. Krisen stellen vieles infrage, aber das nicht. Auf Sorge- und Versorgungsarbeit sind wir angewiesen. Kann sie nicht mehr geleistet werden, befinden wir uns in einer humanitären Krise. Das heisst: Sorge- und Versorgungsarbeit ist Arbeit, die getan werden muss und deshalb auch getan wird – egal, unter welchen Bedingungen.

Wir haben während der Corona-Pandemie eindrücklich gesehen, was das heisst, zum Beispiel, als die Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen geschlossen wurden. Lehrpersonen mussten von einem Tag auf den anderen auf Fernunterricht umstellen und dabei möglichst sicherstellen, dass kein Schulkind den Anschluss verpasst.² Die Schliessung der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen belastete aber auch die Haushalte. Vorwiegend die Mütter übernahmen die zusätzlich anfallende Betreuung, Pflege, Ernährung und Begleitung des Schulunterrichts zu Hause.³ Auch im Gesundheitswesen wurden weitreichende Entscheidungen getroffen. Für Pflegefachpersonen wurden während der Krise kurzerhand die geltenden Regelungen betreffend Arbeits- und Ruhezeiten ausgesetzt. Einsatz bis an die Belastungsgrenze und darüber hinaus wurde vorausgesetzt.

Ohne Pflege, Betreuung, Bildung, Reinigung, Essen und Trinken funktioniert keine Gesellschaft. Auch wenn lebensnotwendige Arbeit nicht (mehr) bezahlt respektive (weiterhin) ungenügend bezahlt wird: Es besteht jederzeit die Notwendigkeit und der Zwang, sie zu leisten. Gehen wir als Gesellschaft schlicht davon aus, dass Zusatzaufwand immer und überall von Lehr- und Kinderbetreuungspersonen, Pflegenden und Müttern selbstverständlich aufgefangen und weitestgehend unbezahlt geleistet wird? Dass auf die zeitlichen Ressourcen von Sorgenden – insbesondere von Frauen – quasi als dauerverfügbare Quelle zugegriffen werden kann?

Eine Frage des Geschlechts

Weil Frauen oft sowohl beruflich in der Sorge- und Versorgungswirtschaft tätig sind als auch den grössten Teil der unbezahlten Arbeit zuhause leisten – sie verbringen insgesamt über 80 Prozent ihrer Arbeitszeit mit Sorge- und Versorgungsarbeit⁴ –, treffen sie diese Bedingungen doppelt: Sie arbeiten viel, stehen unter Zeitdruck, verdienen schlecht und sind spätestens im Alter arm. Die übliche gleichstellungspolitische Antwort auf diese Probleme ist, die bezahlte und die unbezahlte Arbeit gerecht zwischen den Geschlechtern zu verteilen. Auf dem Papier geht dieses Rezept ganz leicht von der Hand. Alle Arbeit in einen Topf, einmal umrühren, verteilen und: es ist angerichtet. Klingt gut, klingt logisch, klingt gerecht, funktioniert aber leider nicht. Frauen haben ihre Erwerbstätigkeit seit den 1970er-Jahren massiv gesteigert⁵, und zwar in Bezug auf die Arbeitsquote⁶ wie auch die Wochenarbeitszeit⁷. Die Männer ihrerseits haben dasselbe getan – andersherum und weniger ambitioniert, aber immerhin. Sie haben ihre Erwerbstätigkeit ein bisschen reduziert und leisten ein bisschen mehr unbezahlte Arbeit als noch 1997.⁸

Die Umverteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern hat nicht wie erwartet stattgefunden. Nach wie vor leisten Frauen sehr viel mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Wenn eine nennenswerte Umverteilung stattgefunden hat, dann war es jene von Frauen hin zu anderen Frauen, die wiederum unbezahlt oder schlecht bezahlt Kinder betreuen, Haushalte reinigen und betagte Angehörige pflegen. Parallel zur Zunahme der Erwerbsarbeit von Frauen ist ein wachsender Sektor schlecht bezahlter Frauenberufe entstanden. Auch wenn Frauen Erwerbsarbeit leisten, ist und bleibt diese wesentlich schlechter bezahlt als die Erwerbsarbeit der Männer.⁹ Dabei ist der von gleichstellungspolitischen Akteurinnen und Akteuren skandalisierte Teil des sogenannten «Gender Pay Gap» nur die Spitze des Eisbergs. Viel wesentlicher ins Gewicht fällt, dass Frauen überwiegend in schlechter bezahlten Branchen arbeiten als Männer und dass sie aufgrund der vielen unbezahlten Arbeit andere Erwerbsbiografien aufweisen – also schlicht, dass sie gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten.

Frauen verfügen deshalb in der Schweiz jährlich über 100 Milliarden Franken weniger Einkommen als Männer, obwohl sie gleich viele Stunden arbeiten.¹⁰ 100 Milliarden Franken fehlen den Frauen jedes Jahr in den Leistungen der Sozialversicherungen, aber vor allem auf ihren Bankkonten. Bei diesen Dimensionen der Einkommenslücke stellen sich grundsätzliche ökonomische und sozialpolitische Fragen. Es geht um weit mehr als die Umverteilung von Arbeit, denn mittlerweile

ist es offensichtlich: Das Problem löst sich nicht von selbst, weil Frauen mehr Erwerbsarbeit leisten. Der eigentliche Kern des Problems liegt damit noch nicht einmal auf dem Tisch: Wer knapp an Erwerbseinkommen ist, ist auch knapp an sozialer Absicherung und knapp an Zeit. Je weniger eine Gesellschaft bereit ist, Sorgearbeit und -dienstleistungen zu finanzieren, desto schlechter sind die Arbeitsbedingungen sowohl im bezahlten als auch im unbezahlten Bereich der Sorgearbeit.

Oder wie Lena Böllinger es formuliert hat: «Der eigentliche Skandal besteht nicht darin, dass Frauen mehr Sorgearbeit leisten als Männer, sondern darin, dass die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse Sorgende in körperliche und psychische Erschöpfungszustände treiben, sie prekarisieren und ihnen ein Leben in Altersarmut in Aussicht stellen.»¹¹ Finanzielle Prekarisierung geht unweigerlich mit Zeitmangel einher. Wir können mit Sicherheit sagen: Eine Mehrheit der Frauen ist knapper an Geld und knapper an Zeit als Männer. Wer weniger Geld und Zeit hat, hat auch weniger Zugang zur Infrastruktur der immer teurer werdenden Sorge- und Versorgungsarbeit. Darüber hinaus bedeutet chronischer Zeitmangel auch einen Mangel an Kapazitäten, sich zu wehren. Diese Erkenntnisse müssen der Ausgangspunkt aller sozial- und gleichstellungspolitischen Debatten sein.

Das ökonomische Problem

In Zeit gerechnet, macht Sorge- und Versorgungsarbeit insgesamt 70 Prozent aller geleisteten Arbeitsstunden in der Schweiz aus.¹² Wir sprechen hier schlicht vom grössten Teil der gesamten Wirtschaft. Doch Sorge- und Versorgungsarbeit unterscheidet sich von anderer Arbeit. Sie ist und bleibt zeitintensiv und damit kostenintensiv. Während beispielsweise Autos immer schneller produziert werden können, kann nicht immer schneller gepflegt und Kinder können nicht immer schneller ins Bett gebracht – geschweige denn aufgezogen – werden. Susan Donath formulierte es so: «Die Betreuung von Säuglingen und kleinen Kindern ist ein klares Beispiel für eine Aktivität, die kaum Produktivitätssteigerung erlaubt. Es gibt eine eindeutige Grenze für die Anzahl von Säuglingen und kleinen Kindern, die eine Person betreuen kann. Wird diese Grenze überschritten, sind vernachlässigte Kinder die Folge, und nicht Produktivitätssteigerung.»¹³

Im Unterschied zur Güterproduktion, wo durch technologische Innovation immer mehr Produkte bei gleichbleibender Qualität in immer kürzerer Zeit hergestellt

werden können, braucht Sorgearbeit in erster Linie Zeit. Denn der Arbeitsprozess selbst – die Pflege am Menschen, das Singen mit den Kindern in der Kita, ein Beratungsgespräch auf dem Sozialdienst – lässt sich nicht nur an der «Leistung» messen. Effizienz bedeutet in diesem Bereich der Arbeit eben gerade nicht, dass Zeit eingespart wird, sondern dass sie ausreichend zur Verfügung steht. Das heisst: Sorgearbeit funktioniert nach einer anderen ökonomischen Logik als andere Arbeit. Sie benötigt im Optimalfall so viel Zeit, wie sie eben benötigt. Ein ziemlich ungewöhnlicher Gedanke in einer Wirtschaft, die vor allem ein Ziel kennt: immer mehr Güter und Dienstleistungen in immer weniger Zeit zu produzieren, um damit potenziell Gewinne zu steigern.

Hinzu kommt: Je grösser der Fortschritt in Sektoren ist, in denen durch Technologie Arbeitszeit eingespart werden kann, desto teurer wird die Sorgearbeit im Verhältnis dazu. Mascha Madörin veranschaulicht dieses Prinzip mit folgendem Beispiel: «In den 1970er-Jahren brauchte man etwa sechzig durchschnittliche Jahreseinkommen, um einen Computer mit grosser Rechenkapazität zu kaufen. Wenn jemand schwer pflegebedürftig war, brauchte man drei oder vier Jahreseinkommen, um die Pflegearbeit zu bezahlen. Heute reicht das Einkommen von ein paar Stunden oder Tagen, um ein Smartphone zu kaufen, das mehr Kapazität hat als ein Grossrechner in den 1970ern. Die pflegebedürftige Person braucht aber noch gleich viel Arbeit beziehungsweise Einkommen, um die Pflege zu bezahlen. Roboter können nun mal keine Pflegearbeit übernehmen. Das ist ein Prinzip des technischen Fortschritts: Je stärker die Automatisierung, desto höher wird vergleichsweise der Preis für Dienstleistungen und Produkte, die nach wie vor arbeitsintensiv sind.»¹⁴

Die aktuelle Strategie: Auf Teufel komm raus wird versucht, zeitsparende Arbeitsprozesse zu definieren und durchzusetzen, um damit den Preis der personenbezogenen Dienstleistungen zu senken. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn der Spitex-Fachperson vorgeschrieben wird, wie viel Zeit sie für den Verbandswchsel aufbringen darf, und wenn in Kitas Aufgaben wie Putzen und Aufräumen plötzlich zeitgleich mit der Betreuung von Kindern stattfinden sollen oder wenn in Spitälern die Verweildauer nach operativen Eingriffen immer weiter gekürzt wird. Das Absurde daran: Sorgearbeit kann nicht in einem Mass zeitsparend organisiert werden, dass sich Investitionen aus Sicht der Gewinnmaximierung lohnen würden. Und noch viel entscheidender: Jede Beschleunigung dieser Arbeit führt zwangsläufig zur Verschlechterung ihrer Qualität. Auf dem Spiel steht nichts weniger als die Qualität der Betreuung, der Bildung und der Gesundheitsversorgung, aber auch die Qualität unseres Alltags – wenn

wir zum Beispiel aus Zeitmangel gezwungen sind, eine Büchse Ravioli zu wärmen, statt frische Produkte zu verarbeiten. Oder, wenn Zeitmangel im schlimmsten Fall zur Vernachlässigung von Kindern, Betagten oder kranken Menschen führt.

Diese Situation spitzt sich sogar noch zu, weil die Sorge- und Versorgungswirtschaft im Verhältnis zum Rest der Wirtschaft überdurchschnittlich wächst. Wachstum im Sorge- und Versorgungssektor bedeutet in erster Linie, dass mehr Stunden gearbeitet werden. Naheliegend, dass entsprechend immer mehr Zeit und ergo auch immer mehr finanzielle Mittel benötigt werden. Doch das genaue Gegenteil ist momentan der Fall: Zeit und Geld für Sorge- und Versorgungsarbeit werden ständig verknappt.

Wer hat die Macht, Kosten auszulagern?

Wir alle kennen den öffentlichen Diskurs über das teure Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen. Wir alle kennen die schmerzhaften Sparmassnahmen, wenn etwa Betreuungsschlüssel in Kitas verschlechtert oder Spitäler geschlossen werden, weil der Betrieb nicht im marktwirtschaftlichen Sinn rentiert. Und wenn folglich das gesamte Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen angeblich «effizienter» organisiert werden muss. Die daraus erwachsenden Strategien führen zu mehrfacher Prekarisierung: der Sorge-Arbeitenden auf der einen und der Sorge-Empfangenden auf der anderen Seite.

Aus den Spitälern kennen wir in diesem Zusammenhang das im Jahr 2012 schweizweit eingeführte Abrechnungssystem mit Fallpauschalen. Arbeitskosten werden möglichst knapp rationiert; was nötig ist und was nicht, liegt nicht mehr im Ermessen der Pflegenden, der ärztlichen Fachpersonen und schon gar nicht der Patientinnen und Patienten. Arbeitsabläufe und die nötigen finanziellen Mittel sind klar vordefiniert und können nicht von Fall zu Fall angepasst werden. Dieses Abrechnungssystem ist nicht nur menschenunwürdig, sondern auch höchst ineffektiv.¹⁵ Und zwar sowohl in einem klassischen marktwirtschaftlichen Sinn, denn seit Einführung der Fallpauschalen sind die Kosten im Gesundheitswesen deutlich gestiegen, wie auch und vor allem für das Gesundheitspersonal und die Patientinnen und Patienten. Das zeigt sich zum Beispiel darin, dass sich die Aufenthaltsdauer in den Spitälern gesamthaft nicht verringert hat, denn die frühzeitigen Entlassungen aufgrund der Fallpauschalen gehen mit vermehrten Wiedereintritten einher. Oder daran, dass die Fluktuation des Pflegepersonals so hoch ist wie nie zuvor. Der gesetzlich vorgeschrie-

bene Wettbewerb unter den Spitälern und das Defizitverbot tragen schliesslich das ihre dazu bei, den Kostendruck zu erhöhen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Überall werden Kapazitäten abgebaut. Im Gesundheitswesen wird an Pflege- tagen und an Pflegefachpersonen gespart und in der Kinderbetreuung an quali- fiziertem Betreuungspersonal. Der Druck auf die Arbeitsbedingungen und auf die Löhne führt zu permanentem Stress, zur Dequalifizierung der Berufe und zur Ver- schlechterung der Dienstleistungsqualität. Denn es stellt einen grossen Unterschied dar, ob genügend Zeit und ausgebildetes Personal zur Verfügung steht oder eben nicht.

Mit Blick auf die Menschen, die Sorgedienstleistungen in Anspruch nehmen müssen und wollen, heisst es: Die Leute wollen zu viel. Obligatorisch versicherte Leistungen werden gekürzt, immer mehr Entscheidungskompetenz liegt bei den Krankenkassen, wo früher die Ärztinnenschaft entschieden hat. Leistungen in den Spitälern werden abgebaut – auch hier aufgrund der Fallpauschalen. Kosten werden ausgelagert und den privaten Haushalten aufgebürdet: Gesundheitsversorgung, öffentliche Kinderbetreuung, Altenpflege sind teuer und werden laufend teurer, öffentlich zugängliche Infrastruktur wird abgebaut. Wenn öffentliche Angebote feh- len oder der Zugang verteuert wird, tragen die Haushalte die Mehrbelastung – zeitlich wie auch finanziell.

Weniger Zeit und weniger Geld in der Sorge- und Versorgungswirtschaft bedeu- ten schlechtere Qualität, schlechtere Arbeitsbedingungen und schlechteren Zugang zum Angebot. Gespart wird auf Kosten der Sorge-Arbeitenden wie auch auf Kosten der Patientinnen und Patienten, der Kinder, der Pflegebedürftigen und der Alten. Wer sich Sorgearbeit leisten kann und wer nicht, wird damit zur Frage der persönlichen finanziellen und zeitlichen Ressourcen.

Sorge- und Versorgungsarbeit finanzieren und demokratisieren

Wir haben zumindest für den Globalen Norden ein Jahrhundert grosser Produktivi- tätsfortschritte hinter uns. Die technologische Revolution hat eine starke Reduktion der benötigten Arbeitskraft für die Herstellung von Produkten ermöglicht. Dank bil- liger Konsumgüter und öffentlich finanzierter Infrastruktur sollten auch sozial Benach- teiligte zunehmend in die Lage versetzt werden, an diesem Fortschritt teilzuhaben. Ein

schöner Gedanke – nur mit einem Haken. Mascha Madörin formulierte es so: «Geld fließt im kapitalistischen System nur dorthin, wo man Erträge erzielen kann. Deshalb fehlt Geld in Bereichen, wo sich keine Profite machen lassen.»¹⁶ In Wahrheit ist es somit so, dass insbesondere die männlich dominierten Bereiche der Wirtschaft und damit die Männer selbst vom ökonomischen Fortschritt profitierten – mit Arbeitszeitverkürzung, höheren Löhnen und dem Auf- und Ausbau von an diese Löhne gekoppelten Sozialversicherungen.

Wenn wir alle am ökonomischen Fortschritt teilhaben lassen wollen, dürfen wir Sorge- und Versorgungsarbeit nicht länger nach marktwirtschaftlichen Kriterien bewerten. Sorge- und Versorgungsarbeit rentiert nicht, Punkt. Aber deshalb ist sie noch lange nicht unproduktiv. Im Gegenteil: Sie ist für jede Gesellschaft unverzichtbar. Wollen wir soziale Ungleichheiten verringern, müssen wir den Zugang zum Gesundheitswesen, zur Pflege, Betreuung und Bildung ausbauen statt abbauen. Und wir müssen die Arbeitsbedingungen und Löhne in diesem Sektor verbessern. Deshalb müssen wir Wege finden, zeitintensive Arbeit ausserhalb der Profitlogik zu organisieren. Ihr Preis kann nicht im marktwirtschaftlichen Sinn definiert werden. Vielmehr muss er über die benötigte Zeit, die Qualität und die Bedingungen definiert werden – das heisst über die materielle und soziale Absicherung der Sorge-Arbeitenden auf der einen Seite und über den Zugang zu Sorgedienstleistungen für alle auf der anderen Seite. Dies ist nur über öffentliche oder andere Formen kollektiver Finanzierung möglich.

Der Staat könnte und müsste eine tragende Rolle einnehmen, denn im staatlichen Rahmen kann Arbeit ausserhalb von Marktmechanismen und Kapitalinteressen finanziert werden. Historisch gesehen wäre solch eine Finanzierung keine Besonderheit: Staaten übernahmen und übernehmen immer wieder die Finanzierung gesellschaftlicher Interessen. Es ist ein politischer Entscheid, was als solches Interesse gilt. Bis anhin waren es in erster Linie Kriege, die Rettung von Banken oder die Ankurbelung der Konjunktur, denen eine solche Notwendigkeit zugesprochen wurde. Hingegen scheint es schwierig, Geld für Sorge- und Versorgungsarbeit auszugeben. Für diese Arbeit fehlt schlicht und einfach die politische Lobby. Die ökonomische Logik, die zeitliche und örtliche Unmittelbarkeit und die gesellschaftliche Notwendigkeit der Sorgearbeit, aber auch die Prekarisierung der Sorge-Arbeitenden machen es darüber hinaus unheimlich schwierig, sich gegen die heutigen Verhältnisse zu wehren. Wenn Menschen Hilfe brauchen, wenn Kinder weinen oder Hunger haben, kann die Befriedigung dieser Bedürfnisse nicht auf später verschoben werden. Diese Arbeit kann nicht verweigert werden – und das macht sie erpressbar.

Ausserhalb von feministischen Debatten wurde bis heute wenig über diese Erpressbarkeit nachgedacht. In gewerkschaftlichen Kämpfen zum Beispiel ist sie kaum Thema. Darüber hinaus hat Sorgearbeit in den letzten 50 Jahren eine massive Abwertung erfahren. Die Historikerin und Philosophin Tove Soiland brachte diese Entwicklung folgendermassen auf den Punkt: «Ohne das ältere, fordistische Zeitalter verteidigen zu wollen: Es scheint mit seiner konservativen Familienideologie wenigstens noch akzeptiert zu haben, dass es diese Tätigkeiten gibt und dass sie notwendig sind. Im Zuge der Emanzipation der Frauen wurde diese Akzeptanz des füreinander Sorgens jedoch in den Hintergrund gedrängt.»¹⁷ Deshalb brauchen wir eine Bewegung der Sorge-Arbeitenden, die ihren gesellschaftlichen und ökonomischen Wert kennt. Und wir brauchen politische Akteurinnen und Akteure, die diesen Kampf ernst nehmen und daraus erwachsende Transformationsprozesse unterstützen. Die Organisation und Finanzierung zeitintensiver Arbeit zugunsten der breiten Bevölkerung wird eine zentrale Zukunftsarbeit rund um nachhaltiges Wirtschaften und soziale Gerechtigkeit sein.¹⁸

Wenn wir einen Blick auf andere europäische Länder werfen, stellen wir fest: Sorge- und Versorgungsarbeit ist vielenorts sehr viel besser ausfinanziert als in der Schweiz. Es gäbe entsprechend eine ganze Reihe von Anknüpfungspunkten, um die Situation der Sorge-Arbeitenden und -Empfangenden bereits heute erheblich zu verbessern: Ausbau der Erziehungs- und Betreuungsgutschriften in der Altersvorsorge, des Mutterschaftsurlaubs und Einführung einer Elternzeit, Verbesserung der finanziellen Entschädigungen für pflegende Angehörige, qualitativer und quantitativer Ausbau der öffentlich finanzierten Altenbetreuung oder Integration der Kinderbetreuung ins Bildungssystem, um nur einige Beispiele zu nennen. All das wäre realpolitisch durchsetzbar und finanziell machbar. Aber damit sind wir vom grundsätzlichen – und eigentlich nötigen – Transformationsprozess der Sorge- und Versorgungswirtschaft immer noch weit entfernt.

Sehr viel näher kämen wir ihm, wenn der Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit, Geschlecht und Sorgearbeit endlich Eingang in sozialpolitische Debatten finden würde. Die zentralen Fragen, die wir stellen müssen, lauten: Welche Arbeit soll kollektiv finanziert werden und welche nicht? Welche Rolle muss der Staat übernehmen, um allen ein gutes und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen? Welche Infrastrukturen, materiellen und immateriellen Bedingungen sind nötig? Wie kann der Zugang für alle gewährleistet werden? Und wie können wir unbezahlt geleistete Arbeit materiell absichern? Wenn wir über soziale Ungleichheit, Prekarisierung und

mögliche Alternativen nachdenken wollen, dann müssen wir die Organisation und Finanzierung der Sorge- und Versorgungsarbeit lösen. Die Erfahrung und das Know-how von Sorge-Arbeitenden müssen im Zentrum eines solchen Gesellschaftsprojekts stehen.

Anja Peter und Mirjam Aggeler sind Co-Geschäftsleiterinnen von Economiefeministe, einer Plattform für feministische Ökonomie.

Anja Peter ist Historikerin und forschte zur Geschichte der 10. AHV-Revision. Mehrere Jahre war sie in der Gleichstellungsarbeit bei Gewerkschaften und in der öffentlichen Verwaltung tätig. Seit über zehn Jahren arbeitet sie zu Fragen und Zusammenhängen von Sorge- und Versorgungswirtschaft und wirtschaftlicher Gleichstellung von Frauen.

Mirjam Aggeler hat Bauspenglerin gelernt sowie Design und Literarisches Schreiben studiert. Sie leitete die Geschäftsstelle des Vereins Feministische Wissenschaft Schweiz (FemWiss), war Redaktionsverantwortliche des «FemInfo» und hat sich mit diversen feministischen Perspektiven auseinandergesetzt. Zurzeit befasst sie sich intensiv mit Fragen der feministischen Ökonomie.

Anmerkungen

- ¹ Wir verwenden den Begriff Sorgearbeit synonym Versorgungsarbeit. Damit sind alle Arbeiten und Tätigkeiten rund um die direkte Sorge um und Versorgung von Menschen gemeint. Andere Initiativen oder Forschende verwenden etwa die Begriffe «Care-Arbeit», «Economics of Care», «Social Provisioning», «Care- oder Reproduktionsökonomie», «vorsorgendes Wirtschaften» oder «Ökonomie des Versorgens».
- ² Diverse Befragungen und Studien belegen einen deutlichen Mehraufwand für Lehrpersonen während der Corona-Pandemie. Zum Beispiel: VPOD-Umfrage, 2020, oder Ariana Garrote et al., 2021.
- ³ Forschungsstelle sotomo, 2020.
- ⁴ Madörin, 2009, S. 108.
- ⁵ Im europäischen Vergleich leisten Frauen in der Schweiz bereits enorm viel Erwerbsarbeit, nämlich fast gleich viele Stunden wie beispielsweise Männer in Dänemark und zehn Stunden pro Woche mehr als Frauen in Frankreich oder Deutschland. Nur in Schweden wird überhaupt so viel Erwerbsarbeit geleistet wie in der Schweiz. Dank der schwedischen Gleichstellungspolitik sind dort zwar die Einkommen wesentlich symmetrischer zwischen den Geschlechtern verteilt, doch die Einkommenslücke beträgt immer noch 23,5 Prozent. Worin die Ursache dafür liegt, müsste dringend genauer analysiert werden.
- ⁶ Frauen steigerten ihre Erwerbsquote von 34 Prozent in den 1970er-Jahren auf 64 Prozent in den 1990er-Jahren und auf 80 Prozent bis heute. Das heisst: Heute sind vier von fünf Frauen erwerbstätig. BFS: Erwerbsquoten nach Geschlecht, Nationalität, Altersgruppen, Familientyp. BFS-Nummer: je-d-03.02.00.01.02.
- ⁷ BFS: Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit und Freiwilligenarbeit nach Geschlecht und Familiensituation. BFS-Nummer: je-d-03.06.00.01.
- ⁸ BFS: Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit und Freiwilligenarbeit nach Geschlecht und Familiensituation. BFS-Nummer: je-d-03.06.00.01.
- ⁹ BFS: Durchschnittslöhne und Lohnunterschiede, 2018 – erklärter und unerklärter Anteil, privater Sektor. BFS-Nummer: gr-d-03.04.01-lse018.
- ¹⁰ Madörin, 2018, S. 117–128.
- ¹¹ Böllinger, 2021.
- ¹² Dieser vierte Wirtschaftssektor umfasst unter anderem die Gastronomie, den Detailhandel, das Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen, aber auch die unbezahlte Haus- und Familienarbeit. Er ist durch seine eigene ökonomische Logik definiert und wurde von der Ökonomin Mascha Madörin als Teil eines Vier-Sektoren-Modells für die Schweiz quantifiziert und qualitativ beschrieben. Siehe dazu: Madörin, 2009, S.106 ff.
- ¹³ Donath, 2014, S. 171.
- ¹⁴ Wehrli, 2019.
- ¹⁵ Universität Basel, 2019.
- ¹⁶ Wehrli, 2019.
- ¹⁷ Soiland, 2017, S. 1.
- ¹⁸ Dies gilt auch für andere zeitintensive Arbeit, die nicht zur Sorge- und Versorgungswirtschaft gehört, wie beispielsweise der Journalismus oder die Kultur.

Literaturhinweise

- BFS*: Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit und Freiwilligenarbeit nach Geschlecht und Familiensituation. BFS-Nummer: je-d-03.06.00.01. Veröffentlicht am: 20. 5. 2021. URL: bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.17124513.html (20. 6. 2022).
- BFS*: Durchschnittslöhne und Lohnunterschiede, 2018 – erklärter und unerklärter Anteil, privater Sektor. BFS-Nummer: gr-d-03.04.01-lse018, 22. 2. 2021. URL: bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/loehne-erwerbseinkommen-arbeitskosten/lohniveau-schweiz/lohnunterschied.assetdetail.15864662.html (8. 6. 2022).
- BFS*: Erwerbsquoten nach Geschlecht, Nationalität, Altersgruppen, Familientyp. BFS-Nummer: je-d-03.02.00.01.02, 2. 6. 2022. URL: bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/wohlfahrtsmessung/wohlfahrt/arbeit-freizeit/erwerbsquote.assetdetail.22709541.html (8. 6. 2022).
- Böllinger Lena*: Die schlechte Nachricht: Niemand muss zurück an den Herd. In: «Die Zeit» online. URL: zeit.de/kultur/2021-06/corona-gleichstellung-retraditionalisierung-geschlechterrollen-care-arbeit-10vor8 (5. 5. 2022).
- Donath Susan*: Die andere Wirtschaft: Vorschlag für eine eigenständige feministische Ökonomie. Jahrbuch Denknetz, 2014, S. 167–177.
- Forschungsstelle sotomo im Auftrag des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI)*: Schweizer Familien in der Covid-19-Pandemie. Spezialauswertung des SRG-Corona-Monitors zu Familien- und Betreuungsstrukturen im Kontext der Krise. URL: sotomo.ch/site/wp-content/uploads/2020/12/Covid19-Monitor_FamilienGender.pdf (20. 6. 2022).
- Garrote Ariana et al.*: Fernunterricht während der Coronavirus-Pandemie. Analyse von Herausforderungen und Gelingensbedingungen. Im Auftrag von: Departement für Bildung, Kultur und Sport Kanton Aargau, Amt für Volksschule Kanton Basel-Landschaft, Volksschulleitung Kanton Basel-Stadt und Volksschulamt Kanton Solothurn. URL: fnw.ch/de/forschung-und-dienstleistungen/paedagogik/institut-forschung-und-entwicklung/zentrum-lernen-und-sozialisation/fernunterricht-2020-lernen-waehrend-der-coronavirus-pandemie/schlussbericht_fernunterricht_garroteetal_2021.pdf (20. 6. 2022).
- Madörin Mascha*: Die kleingerechnete Ungerechtigkeit. Neue Zahlen zu den Einkommenslücken zwischen den Geschlechtern. In: «Widerspruch 71», S. 117–128. Zürich, 2018.
- Madörin Mascha*: Zählen, was zählt. Sorge- und Versorgungswirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft. In: Knobloch U. (Hrsg.): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum, S. 89–119. Weinheim/Basel, 2009.
- Soiland Tove*: Es geht um CARE? Sprechen wir doch lieber von der Mutter. Seminarraumgespräch vom 22. Mai 2017. URL: frauenhetz.jetzt/wp-content/uploads/2020/11/T.Soiland.pdf (14. 7. 2022).
- Universität Basel*: Einführung der Fallpauschale geht mit vermehrten Wiedereintritten einher. URL: unibas.ch/de/Aktuell/News/Uni-Research/Einfuehrung-der-Fallpauschale-geht-mit-vermehrten-Wiedereintritten-einher.html (15. 6. 2022).

VPOD-Umfrage, Lehrpersonen Dezember 2020: im Dauersprint durch die zweite Welle.

URL: vpod.ch/themen/bildung/vpod-umfrage-bei-den-lehrpersonen/ (20. 6. 2022).

Wehrli Katharina interviewt Madörin Mascha: «Es wäre ein riesiger Befreiungsschlag». In: «Moneta», Magazin für Geld und Geist. URL: moneta.ch/es-waere-ein-riesiger-befreiungsschlag (20. 6. 2022).

Autorinnen und Autoren

- Mirjam Aggeler:* Co-Geschäftsleiterin der Plattform Economiefeministe, leitete die Geschäftsstelle des Vereins Feministische Wissenschaft Schweiz (FemWiss) und war Redaktionsverantwortliche des FemInfo; gelernte Bauspenglerin.
- Lena Ajdacic:* Doktorandin der Soziologie an der Universität Lausanne. In ihrer Dissertation arbeitet sie mit grossen Datensätzen zu Einkommen von traditionellen und neuen Finanzeliten und zu Karrieren von Frauen im Finanzsektor. Sie wirkt in den Forschungsgruppen CORPNET (Amsterdam) und OBELIS (Lausanne) mit.
- Hans Baumann:* lic. rer. pol. MAES, Ökonom und Publizist, ehemals nationaler Sekretär der Gewerkschaft Unia, Mitglied des Denknetzes.
- Marius Brühlhart:* Prof. Dr., Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Lausanne.
- Monica Budowski:* Prof. Dr., Professorin für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit an der Universität Fribourg. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der sozialen Ungleichheit.
- Christoph Butterwegge:* Dr., emeritierter Professor für Politikwissenschaften der Universität zu Köln.
- Rudolf Farys:* Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozialstrukturanalyse am Institut für Soziologie der Universität Bern. Seine Schwerpunkte sind quantitative Methoden sowie Ungleichheits- und Armutforschung auf der Grundlage von Administrativ- und Steuerdaten.
- Robert Fluder:* Dr., emeritierter Professor an der Berner Fachhochschule. Seine Forschungsschwerpunkte sind Sozialpolitik, Armut sowie Einkommens- und Vermögensverteilung. Mitglied des Denknetzes.
- Nathalie Giger:* Prof. Dr., assoziierte Professorin am Departement Politikwissenschaften an der Universität Genf. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Politisches Verhalten und der vergleichenden Politikwissenschaft. Sie leitet das Forschungsprojekt «Inequality in the mind», finanziert durch den Schweizer Nationalfonds (SNF).
- Michael Graff:* Prof. Dr., Professor für Wirtschaftswissenschaften an der ETH Zürich. Seit 2007 leitet er dort den Forschungsbereich Konjunktur an der KOF Konjunkturforschungsstelle.
- Dominik Gross:* Historiker, Verantwortlicher für die internationale Steuer- und Finanzpolitik bei Alliance Sud.
- Oliver Hümbelin:* Dr., Sozialforscher und Dozent am Institut für Soziale Sicherheit und Sozialpolitik am Departement Soziale Arbeit der Berner Fachhochschule.
- Ben Jann:* Dr., Professor für Sozialstrukturanalyse am Institut für Soziologie der Universität Bern.
- Isabelle Kalkusch:* Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule für Heilpädagogik (HfH) in Zürich.
- Carlo Knöpfel:* Dr., Professur für Sozialpolitik und Soziale Arbeit an der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW).
- Andrea Lanfranchi:* Prof. Dr., Leiter des Instituts für Professionalisierung und Systementwicklung an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik (HfH) in Zürich.
- Davy-Kim Lascombes:* Doktorand am Departement Politikwissenschaften der Universität Genf, Mitarbeit im Forschungsprojekt «Inequality in the mind».

- Andreas Lustenberger*: M. Sc., Bereichsleiter Politik und Grundlagen und Mitglied der Geschäftsleitung von Caritas Schweiz.
- Ueli Mäder*: Dr., Soziologe und emeritierter Professor der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz. Seine Arbeitsschwerpunkte sind soziale Ungleichheit und Konfliktforschung.
- Aline Masé*: Dr., Leiterin des Teams Grundlagen und der Fachstelle Sozialpolitik von Caritas Schweiz.
- Michael Nollert*: Dr., emeritierter Professor für Soziologie an der Universität Fribourg mit Forschungsschwerpunkt vergleichende Sozialpolitik.
- Anja Peter*: Historikerin, forschte zur Geschichte der 10. AHV-Revision. Mehrere Jahre in der Gleichstellungsarbeit bei Gewerkschaften und in der öffentlichen Verwaltung tätig. Langjährige Auseinandersetzung mit Fragen der Sorgearbeit.
- Kristina Schüpbach*: Doktorandin an der Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich. 2014 bis 2022 wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).
- Carola Togni*: Dr., Historikerin und Professorin an der Haute école de travail social et de la santé in Lausanne (HETSL/HES-SO).
- Elisa Volpi*: Dr., arbeitet am Departement Politikwissenschaften der Universität Genf. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen beim Politischen Verhalten und in der Parteienforschung. Mitarbeit im Forschungsprojekt «Inequality in the mind».
- Claudia Wilopo*: Dr. des., Kulturwissenschaftlerin und Kulturgeographin, Lehrbeauftragte an der Universität Basel. Mitherausgeberin der Studie über Racial Profiling in der Schweiz.